

Sehr geehrter Herr Präsident,

sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

wir sind doch ein wenig überrascht, dass heute zeitgleich mit unserem Begehren ein Gesetzentwurf des Senats behandelt wird, der ein Ergebnis vorweg nimmt, dass es **eigentlich noch nicht geben darf!**

Die Beratungen zum 159. Ortsgesetz sind mit dem Beirat noch gar nicht nach § 11 des Beirätegesetzes geführt worden und es ist auch nicht versucht worden, Einvernehmen mit dem Beirat Blumenthal herzustellen.

Damit wirft diese Aktion ein genaues Licht auf die Abläufe des Verfahrens, dass hier heute von uns beantragt worden ist.

Es macht deutlich, dass der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr überhaupt kein Interesse daran hat, die Vorschriften des Beirätegesetzes mit Leben zu füllen und zu achten. Dies gilt für den amtierenden Senator und seine nach geordneten Stellen genauso wie für seinen Vorgänger unter dessen Verantwortung die für den Stadtteil Blumenthal so wichtige Angelegenheit begonnen hat.

Natürlich ist dies ein besonderer Moment, doch es geht uns nicht darum, in die Geschichtsbücher zu kommen. Es geht uns auch nicht darum, das kommunale Zentren- und Nahversorgungskonzept zu pulverisieren.

Uns geht es schlicht und einfach um Blumenthal, meine Damen und Herren.

Das ist die Botschaft des heutigen Tages.

Es geht uns darum, dass wir im Beirat Blumenthal unsere Verantwortung sehr ernst nehmen, die uns durch das Gesetz gegeben ist und die wir für unsere Bürgerinnen und Bürger übernehmen.

Als das Beirätegesetz reformiert wurde, geschah dies, weil man den Beiräten mehr Mitwirkungsrechte geben wollte bei den Themen, die in den Stadt- und Ortsteilen politische Gestaltungskraft erfordern. Mehr Bürgernähe war das Ziel.

Und bei der Debatte um den Bebauungsplan **922** ist der Beirat nah bei den Menschen im Stadtteil. Es gibt bei uns im Stadtteil niemanden, der mit der Situation an der Lüssumer Straße 105 glücklich ist. Seit fast einem Jahrzehnt liegt da alles brach, verfällt das Gebäude und im Hinterhof finden wir alles, was sicher aus Sie nicht in ihrer Nachbarschaft haben möchten:

illegale Müllentsorgung, Saufgelage, Drogenhandel und andere Formen von Kriminalität.

Daher wünschen sich die Bürgerinnen und Bürger, dass Politik etwas dagegen unternimmt.

Und genau da sind wir beim Kern der Angelegenheit:

Etwas dagegen unternehmen!

Darum geht es.

Und wir haben heute das erste Mal die Möglichkeit, etwas gegen diesen Missstand zu unternehmen.

Es gibt einen Investor, der bereit ist, das Grundstück zu kaufen und den Schandfleck zu beseitigen.

Wir wissen nicht genau, warum sich der potenzielle Investor genau diesen Standort ausgesucht hat, weil wir bisher nicht mit ihm reden konnten. Wir vermuten, dass er sich für die Pendlerströme interessiert und die Kaufkraft tausender Pendler, die täglich die Abfahrt der A 270 nutzen, um zu ihrem Wohnort in Lüssum, Bockhorn oder Schwanewede zu fahren. Für diese Menschen gibt es auf ihrem Arbeitsweg kein vernünftiges Angebot in unserem Stadtteil. Das gibt es nur in der Nachbargemeinde Schwanewede.

Nun wissen wir, dass Einzelhandel kein Allheilmittel ist und haben lernen müssen, dass er an dieser Stelle nicht mit dem Zentrenkonzept aus dem Jahr 2009 kompatibel sein soll. Das mag sein. Er ist aber kompatibel mit dem Stadtteilkonzept für Blumenthal aus dem Jahr 2007, das eingestampft wurde, ohne wirksam werden zu können – und er ist nach dem gültigen B-Plan möglich.

Der Beweis, dass das Zentrenkonzept eine Verbesserung gegenüber dem bisherigen Plänen darstellt, ist bis heute nicht erbracht. Auch im Entwurf der zur Debatte stehenden Veränderungssperre wird nur mit Vermutungen gearbeitet und die mögliche Anpassung des B-Plans 922 wird ohne Begründung völlig ignoriert.

Dazu entrichten Sie den Eigentümer, ohne ihm eine Alternative aufzuzeigen und die Chance der Verbesserung oder Verwertung seines Eigentums zu ermöglichen. Die Grundsteuer allein beträgt 14.000 € pro Jahr. Der Eigentümer muss zahlen, ohne über sein Eigentum verfügen zu können.

Das kann Menschen ruinieren!

Ist Ihnen das bewusst, Herr Senator? Und Ihnen auch meine Damen und Herren Abgeordnete?

Ist es da nicht besser, zu verhandeln, Möglichkeiten auszuloten, Chancen zu nutzen, statt sie „alternativlos“ zu verwerfen?

Wollen Sie das Unwort des Jahres 2010 an die Stelle der Rechte von Beiräten setzen?

Das glauben wir nicht. Wir glauben, dass Sie als Abgeordnete der Bremischen Bürgerschaft Entscheidungen treffen wollen, die den Menschen in der Stadt dienen. Und wir sind sicher, dass Sie sich dabei nicht auf bloße Vermutungen und unbeweisbare Szenarien verlassen werden.

Lassen Sie mich dies an einem Beispiel deutlich machen:

Zulässig wäre im fraglichen Gebiet ein großer Fahrradladen. So steht es in der Bremer Sortimentsliste, die ein wesentlicher Teil des Zentrenkonzeptes ist. Wenn wir dort aber einen Fahrradladen à la BOC zulassen würden, wäre das mit Sicherheit das Ende für A+O Meyer. Dieses Fachgeschäft für Fahrräder ist der einzige verbliebene Traditionsbetrieb in der ansonsten fast leergefegten Mühlenstraße, in der wir sonst nur Friseure, Second-Hand-Läden und Spielhöllen finden.

Und wenn es nun die Chance auf eine Veränderung gibt, dann muss man Chancen und Risiken bewerten und **danach** eine Entscheidung treffen.

Bei dieser Bewertung sind Bauverwaltung und Beirat gefordert. Nicht das Bauamt allein und auch nicht der Beirat.

Und genau da ist unser Problem, dessen Bedeutung Sie auch unter TOP 17 in der Verfahrensvoraussetzung dargestellt bekommen.

Während der Beirat versucht, die Entwicklung durch stadtteilbezogene Argumente voranzubringen und einen Konsens zu finden, der allen Beteiligten einen Mehrwert bringt, verweigert die Bauverwaltung dem Beirat die gesetzlich vorgeschriebene Beteiligung.

Sie meine Damen und Herren haben von uns ein 68 Seiten starkes Dossier erhalten, das nur die **wichtigsten** Papiere beinhaltet. Es beinhaltet aber **nicht** die Reaktion des Bausenators auf unsere Fragen.

Falls Sie sich fragen warum – hier ist die Antwort:

„Es gibt sie nicht!“

Es gibt weder Antworten auf unsere inhaltlichen Fragen noch auf unsere Hinweise zu den offensichtlichen Verfahrensfehlern seitens der Baubehörde.

Die Landesbauordnung schreibt u. a. vor, dass ein Genehmigungsverfahren ohne vermeidbare Verzögerungen durchgeführt werden soll. Und das Beirätegesetz schreibt vor, wie der Beirat zu beteiligen ist.

Es steht auch in keinem Gesetz geschrieben, dass der Beirat Blumenthal einem Bauvorbescheid zustimmen muss, den er bisher nicht gesehen hat.

Das gilt im Übrigen auch für die Bauvoranfrage, die bereits im September 2010 beim Bauamt Bremen-Nord eingegangen sein soll.

Sechzehn Monate sind vergangen und der Beirat kennt bis heute nicht den Namen desjenigen, der die Bauvoranfrage gestellt hat. Der Bausenator und seine nach geordneten Behörden verweigern dem Beirat dazu jegliche Information – obwohl wir ein Dutzend Mal gefragt haben.

Ein Dutzend Mal haben wir nach dem gefragt, der in unserem Stadtteil investieren will. Mit dem wir verhandeln wollen, weil Investoren bei uns sehr selten sind.

Und **das**, meine Damen und Herren Abgeordnete, **ist ein Skandal!**

Das Bauamt Bremen-Nord und der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr tragen das Zentren- und Nahversorgungskonzept vor sich her und erklären, dass ein Abweichen von den dort gesetzten Grenzen auf keinen Fall möglich ist, ohne den Beweis führen zu können, dass Blumenthal dadurch auch nur einen Millimeter vorankommt.

Und das gilt leider auch für die Deputation. Unsere Meinung wollte dort niemand hören und offizielle Informationen über die Beschlüsse der Deputation oder gar Protokolle der Deputationssitzungen haben wir trotz mehrfacher Anfragen nicht bekommen.

Ich glaube kaum, **dass Sie sich ein solches Verhalten als Abgeordnete der Bürgerschaft bieten lassen würden!**

Dass Beirätegesetz interessiert in dieser Behörde scheinbar niemanden. Jedenfalls nicht, wenn man nicht deren Meinung ist.

Und **diese** sechzehn Monate andauernde Missachtung der Rechte des Beirats hat uns hierhin geführt.

Wenn es nach uns gegangen wäre, hätten wir mit dem Investor gesprochen und Kompromisse ausgelotet. Wir hätten Möglichkeiten der Verständigung versucht, weil unser Ziel ist, Investoren für unseren gebeutelten Stadtteil zu finden, damit die Menschen in Blumenthal merken, dass wir Zukunftsorientierte Politik machen.

Wir wollen ein Klima schaffen, damit die Menschen, die mit Blumenthalern Geschäfte machen möchten, dies nicht von der niedersächsischen Nachbargemeinde aus tun müssen.

Die Baubehörde sagt trotzdem einfach nur NEIN.

NEIN ist aber keine Antwort für die Menschen in Blumenthal!

Wenn Sie, meine Damen und Herren Abgeordnete heute das NEIN der Bauamtes unterstützen und dem Beirat das Recht absprechen, die Positionen der Bürgerinnen und Bürger des Stadtteils, die diesen Investor wollen – ebenso wie die Kaufleute in

dem Bereich – dann treffen Sie eine Entscheidung gegen Blumenthal und reihen sich damit ein in die Gruppe derer, die seit Jahren die Mär verbreiten, dass ihr Handeln Blumenthal weiterhilft. Erfolge gibt es zwar nicht. Ist aber auch nicht so schlimm, weil Blumenthal ist weit weg.

Wir jedoch gestalten doch für die Menschen.

Wir gehen dort hin, wo die Menschen sind und interessieren uns dafür, was sie bewegt.

Das gilt nicht für die Verantwortlichen bei der Baubehörde.

Die Behörde entscheidet und ignoriert die Beschlüsse der Politik.

Wir aber wollen, dass das Primat der Parlamente in der Demokratie zählt und nicht das Beharrungsvermögen der Verwaltungsbeamten, die schon viel früher die Bebauungspläne an der Lüssumer Str. bearbeiten sollten.

Das hat man nicht getan. Aber nach über 15 Jahren – ausgerechnet in dem Moment, wo jemand investieren möchte – fällt dem Bauamt nichts anderes ein, als erstmal Bewegung zu verhindern. Damit **ja** nichts passiert in Blumenthal.

Wir leben in Blumenthal und heute können **Sie** entscheiden, ob die Bremische Bürgerschaft **auch für Blumenthal** da ist.

Die Menschen erwarten das von Ihnen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.